

Gemeinsame Erklärung von SSR, GSV und GEW zum geplanten Abiturdurchgang - März 2021

*Die Lösungsvorschläge der Senatorin für die Abiturprüfung stoßen sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den Schüler*innen auf großen Unmut. Statt auf die Anliegen der Schüler*innen, der Lehrkräfte und der Schulen ernsthaft einzugehen, wurden durch die zusätzlich angesetzten Prüfungstermine für das Abitur weitere Probleme geschaffen, die zu erheblicher Mehrarbeit und weiterem Unterrichtsausfall führen werden. Es wurde versäumt, die Abiturprüfungen und damit auch die Prüfungsinhalte an die Pandemiebedingungen anzupassen. Leidtragende werden die Schüler*innen und das Personal sein.*

Schulorganisatorisch werden die zwei Prüfungskorridore, die unter Hygienebedingungen durchgeführt werden müssen, zu weiteren Unterrichtsausfällen in den anderen Jahrgangsstufen führen. So entstehen weitere Probleme für die Zukunft.

Die Zeit für die Korrekturen ist knapp, dadurch wird auch die Qualität der Korrekturen leiden. Für die Kolleg*innen, die im Abitur eingebunden sind, führen die verschobenen und doppelten Prüfungsterminen zudem zu einer erheblichen Mehrarbeit, nicht nur, weil in dezentralen Fächern für Nachprüfungen weitere Prüfungen konzipiert werden müssen, sondern auch, weil sich die Unterrichtszeiten verlängern.

Für die Schüler*innen, die einen Großteil ihrer Qualifikationsphase unter Pandemiebedingungen unterrichtet wurden, können die Bedingungen im Vergleich zu den Vorjahren, aber auch untereinander, nicht ungleicher sein. Wie die Behörde auf die Idee kommen kann, dass eine halbstündige Verlängerung des Prüfungstermins und das Angebot von Nachhilfe dazu beitragen sollen dies auszugleichen, bleibt ein Rätsel.

Die Prüfungen müssen den Pandemiebedingungen angepasst werden. Es reicht nicht aus, auf in der Praxis nur sehr bedingt realisierbare und lokal verschieden realisierte Streichungsmöglichkeiten in den (vermeintlich) nicht prüfungsrelevanten Themen des Bildungsplans der Q-Phase zu verweisen.

Wir fordern daher gemeinsam die Senatorin Frau Dr. Bogedan dazu auf:

- sofort in zielgerichtete Gespräche mit allen relevanten Akteuren einzutreten. Hierzu ist ein runder Tisch einzurichten bis wir uns gemeinsam ein Bild von der aktuellen Lage der Schüler*innen und Lehrer*innen im Land Bremen gemacht und hierauf aufbauend Lösungsansätze entwickelt haben.
- Wir bestehen auf der verbindlichen Zusage, dass der Fehler, zwei Abiturkorridore statt einen realisierbar ausgestalteten einzurichten, für den nächsten Abiturjahrgang nicht wiederholt wird. Für die durch diese Fehlentscheidung entstehenden Überstunden des Lehrpersonals in diesem Abiturdurchgang muss ein Ausgleich in Absprache mit allen Betroffenen (Schüler*innen wie Lehrer*innen) gefunden werden.
- einen die aktuelle Bildungsrealität anerkennenden kompensatorischen Umgang mit den unverschuldet entstandenen Wissenslücken unserer Schüler*innen einzurichten. Hierzu könnte den Kolleg*innen mit zentralen Abiturprüfungen ausnahmsweise vorab die Einsicht in die Prüfungsunterlagen gewährt oder zumindest klarere Hinweise auf die Schwerpunkte der Prüfungen gegeben werden (durch Hervorhebung der abgeprüften Kompetenzen in den Themenbeschreibungen), um zu verhindern, dass nicht ausreichend Unterrichtetes abgeprüft wird.
- Analog zu den Gesprächen über den diesjährigen Abiturjahrgang müssen gemeinsam Lösungsansätze für die aktuell noch nicht in Prüfungen involvierten Jahrgänge von Schüler*innen gefunden werden, deren jeweilige Kompetenzentwicklung ebenfalls unter den Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie gelitten hat.